

## Wahlprüfsteine Bergbau Landtagswahl 2017

Die in den Landtag strebenden Parteien haben auf unsere Fragen wie folgt geantwortet. CDU und AFD haben nicht geantwortet.

### 1. Sehen Sie sich in einer besonderen Fürsorgepflicht ausschließlich gegenüber den Bergbaubeschäftigten? Wenn ja, warum?

SPD	CDU	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Piraten	Linke
<p>Wir sehen uns in einer besonderen Fürsorgepflicht für die Bergbaubeschäftigten und die Bürgerinnen und Bürger, die vom Bergbau betroffen sind, gleichermaßen. Die Interessen von Anwohnern, Bergbaugeschädigten, Beschäftigten der Bergbaubetriebe und deren Zulieferer oder auch den Angestellten des lokalen Einzelhandels in den Bergbauregionen sind vielfältig und oftmals widersprüchlich. Hier zu einem Interessenausgleich zu kommen ist die Aufgabe der politischen Akteure. Dem stellt sich die NRWSPD auf Landesebene und vor Ort gerne.</p>		<p>Wir sehen uns in der Verpflichtung, unsere Erde für nachfolgende Generationen in einem guten, gesunden Zustand zu erhalten, die Ressourcen der Erde zu schonen und die Umwelt zu schützen. Eine besondere Fürsorgepflicht gegenüber dem Bergbau und den Beschäftigten im Bergbau lässt sich daraus nicht ableiten. Im Sinne des Klima- und Umweltschutzes wollen wir aus der Kohleverstromung aussteigen (mehr dazu bei Frage 9), weshalb das Land das betroffene Revier bei der notwendigen wirtschaftlichen Umstrukturierung unterstützen wird. Hierzu gehört für uns zum einen ein sozialverträglicher Umbau in der Region, aber gleichzeitig auch die Wahrung der Interessen der Bergbaubetroffenen. Deshalb wollen wir die Rechte der Bergbaubetroffenen weiter stärken. Durch einen Kohleausstieg dürfen die Bergbaubetroffenen nicht alleine gelassen werden.</p>	<p>Wir Freien Demokraten stehen für eine Politik, die Chancen für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen eröffnet. Eine Ausrichtung ausschließlich auf bestimmte Gruppen ist damit nicht vereinbar. Gleichwohl ist nicht zu übersehen, dass die Bergbaubetroffenen in NRW den bergbautreibenden Unternehmen aufgrund der gesetzlichen und administrativen Rahmenbedingungen strukturell nicht auf Augenhöhe begegnen können. Es war und ist unser Anliegen, die Situation der Bergbaubetroffenen zu verbessern. So haben wir uns beispielsweise der gemeinsamen Initiative von SPD, CDU und</p>	<p>Nein. Wir sollen als Landtag dem Wohle aller dienen. Die Beschäftigten sind nur eine Gruppe von vielen, wir sind aber allen verpflichtet. Ausdrücklich auch den Bergbaubetroffenen und -geschädigten.</p>	<p>Nein, sehen wir uns nicht. Verantwortliche Politik muss zukunftsfähige Politik sein. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung, der im Falle der heimischen Steinkohle auch aus wirtschaftlichen Erwägungen erfolgt(e), ist zur Erfüllung der Klimaschutzziele unausweichlich. Entsprechend muss ein Strukturwandel eingeleitet und begleitet werden, damit nicht die Beschäftigten in der Kohlebranche die Verlierer dieses Prozesses sind. Gleichzeitig muss jedoch die Nachsorge der Bergbauhinterlassenschaften so organisiert werden, dass sowohl die Bergbaubetroffenen als auch die öffentliche Hand nicht auf Schäden bzw. Kosten sitzen bleiben, während sich jene Unternehmen aus der Verantwortung ziehen,</p>

			<p>Grünen im Landtag zur Verbesserung der Position der Bergbaubetroffenen nicht angeschlossen, da die darin enthaltenen Maßnahmen aus unserer Sicht nicht ausreichend sind. Stattdessen haben wir eine weitergehende Initiative eingebracht, die u.a. auch die praxisgerechte Neufassung der bergrechtlichen Verjährungsvorschriften oder die Entwicklung von Bewertungsmaßstäben zur Beurteilung von bergbauinduzierten Erschütterungen umfasst.</p>		<p>die Jahrzehnte viel Geld mit dem Bergbau und der Kohleverstromung verdient haben</p>
--	--	--	---	--	---